



Zweckverband Flugplatz Bitburg

Bebauungsplan Nr. 14 ‘Shelter-Bereich A‘, 3. Änderung Verfahren gem. §13a BauGB

Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß UVPG

Stand: 11. November 2022

ISU

Immissionsschutz, Städtebau, Umweltplanung
Hermine-Albers-Straße 3
54634 Bitburg

Telefon 06561/9449-01
Telefax 06561/9449-02

E-Mail info@i-s-u.de
Internet www.i-s-u.de



INHALTSVERZEICHNIS

1	Anlass / Aufgabenstellung / Rechtliche Rahmenbedingungen	3
2	Allgemeine Vorprüfung (Kriterien)	3
2.1	Vorbereitung	3
2.2	Vorhaben	3
2.3	Auswirkungen	11
3	Vermeidungs- / Verminderungsmaßnahmen	14
4	Ergebnis	15

ANHANG:

- Bebauungsplan (Planzeichnung)

1 Anlass / Aufgabenstellung / Rechtliche Rahmenbedingungen

Zum Bebauungsplan Nr. 14 „Shelter-Bereich A“ – 3. Änderung innerhalb des Flugplatzes Bitburg ist aufgrund der Bestimmungen des Landes-UVPG-Gesetzes (LUVPG Rheinland-Pfalz) wegen des geplanten Baus einer öffentlichen Straße bzw. Verkehrsfläche eine „Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls“ (vgl. Anlage 1 Nr. 3.5 LUVPG) erforderlich, um das beabsichtigte „beschleunigte“ Bauleitplanverfahren nach § 13a BauGB zu ermöglichen.

Diese allgemeine Vorprüfung gemäß § 7 Abs. 1 UVPG wird materiell-rechtlich auf Grundlage der Kriterien in der Anlage 3 zum UVPG durchgeführt. Eine Verwaltungsvorschrift (nach § 70 UVPG) zu den Grundsätzen und Verfahren zur Vorprüfung des Einzelfalls sowie über die in der Anlage 3 aufgeführten Kriterien liegt bis dato nicht vor (Stand: Oktober 2022).

Der Vorhabenträger hat im Rahmen einer überschlägigen Prüfung – auf der Grundlage vorhandener Erkenntnisse - unter Berücksichtigung definierter Kriterien und Maßstäbe festzustellen, ob der Bebauungsplan erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann.

Hierbei ist auch zu berücksichtigen, inwieweit Umweltauswirkungen durch vorgesehene Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen offensichtlich ausgeschlossen werden (vgl. Kap. 3).

Der ‚Leitfaden zur Vorprüfung des Einzelfalls‘ (BMU 2003) wurde vorliegend aufgegriffen.

2 Allgemeine Vorprüfung (Kriterien)

2.1 Vorbereitung

Zur Vorbereitung der Vorprüfung ist der Vorhabenträger verpflichtet, der zuständigen Behörde geeignete Angaben nach Anlage 2 UVPG zu den Merkmalen des Neuvorhabens und des Standorts sowie zu den möglichen erheblichen Umweltauswirkungen des Neuvorhabens zu übermitteln.

Nach Inkennntnissetzung der zuständigen Stellen wurden keine Anmerkungen oder zu berücksichtigende Einwände erhoben.

2.2 Vorhaben

2.2.1 Merkmale

Gemäß Bebauungsplanänderung sollen nur ca. 0,37 ha zum Bau einer öffentlichen Straße ausgewiesen werden (Größe und Ausgestaltung des Vorhabens). Die Anlage 1 Nr. 3.5 LUVPG sieht diesbezüglich keinen konkreten Prüfwert für die Größe der auszubauenden Straße vor; insbesondere ist kein Größenwert mit einer hieraus möglicherweise grundsätzlich resultierenden ‚UVP-Pflicht‘ definiert, wie dies bei anderen Vorhabentypen der Fall ist (z.B. beim Bau eines großflächigen Einzelhandelsbetriebes ab 5.000 m² Geschossfläche).

Im Plangebiet sind hierzu keine Abrissarbeiten von Gebäuden erforderlich.

Es besteht ein Zusammenwirken des Bauleitplanvorhabens mit dem Bebauungsplan Nr. 19 „Flugfeld West“ in Aufstellung, der unmittelbar südlich an den durch den Bebauungsplan Nr. 14 „Shelter-Bereich A“ – 3. Änderung definierten Geltungsbereich angrenzt. Die im Geltungsbereich geplante Straße soll der Erschließung des Bebauungsplans Nr. 19 an ein bestehendes Verkehrsnetz dienen.

Zur Nutzung natürlicher Ressourcen (insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt) können folgende überschlägige vorhabenbezogene Angaben getroffen werden:

Es handelt sich um eine Bestandsüberplanung, bei der lediglich Änderungen in Bezug auf die Verkehrsfläche und die Baugrenzen vorgenommen werden. Die Anbindung der vorhandenen Baugrundstücke ist bereits im Norden an die bestehende Straße „Zur Startbahn“ gewährleistet. Im derzeit geltenden Bebauungsplan wäre eine Versiegelung in den gewerblichen Bauflächen von 6800 m² zulässig (GRZ 0,6) (Abbildung 1). Aufgrund der Änderungen bezüglich der Baugrenzen wäre durch den neuen Bebauungsplan in den gewerblichen Bauflächen nur noch eine Versiegelung von 5720 m² möglich (GRZ 0,6). Durch den Bau der geplanten Verkehrsstraße würde 1950 m² Boden versiegelt. Folglich ist durch die nun beabsichtigte Bauleitplanung des oben angeführten Straßenneubaus gegenüber dem bereits gültigen Bebauungsplan nur eine geringfügige Neuversiegelung im Umfang von 870 m² zu erwarten (Abbildung 2). Diese Fläche verringert sich zusätzlich geringfügig aufgrund geplanter grünordnerischer Maßnahmen innerhalb der Straßenverkehrsfläche (vgl. Kap. 3). Die genaue Flächenabgrenzung der Maßnahmen ist nach derzeitigem Stand nicht exakt quantifizierbar.

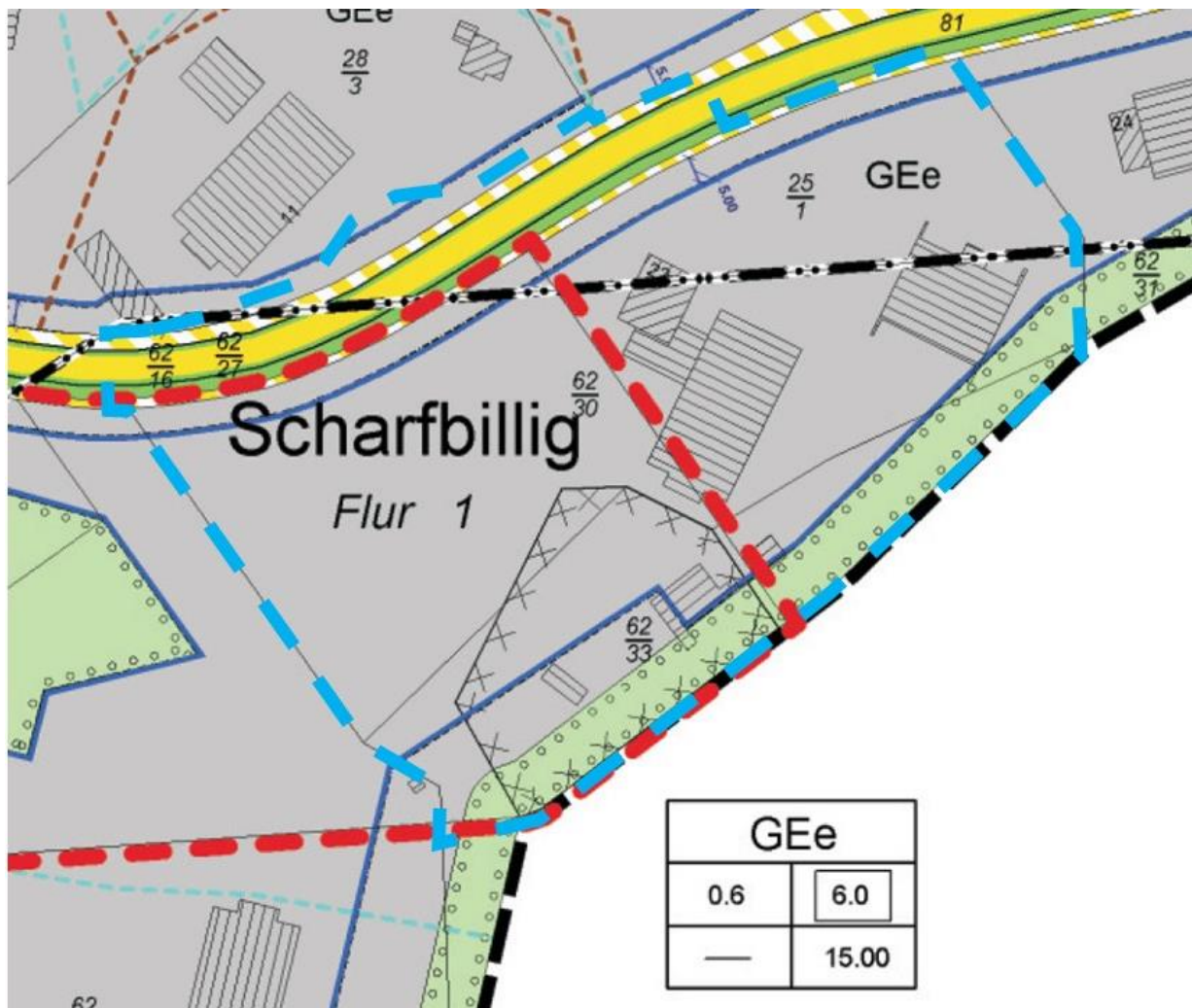


Abbildung 1: Rechtskräftiger Bebauungsplan Nr. 14 1. Änderung mit Geltungsbereich der 3. Änderung (hellblau gestrichelte Linie), geltende Baugrenzen (durchgezogene dunkelblaue Linie) (ohne Maßstab)

5a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, sind nicht zu erwarten. Störfallbetriebe im Umfeld sind nicht berührt.

Etwaige (klimawandelbedingte) Starkregenereignisse werden wasserwirtschaftlich bzw. abwassertechnisch geregelt.

Auf der Straßenverkehrsfläche ist, anders als auf den bestehenden Baugrundstücken, nutzungsbedingt kein bauleitplanerisch relevantes Lagern, Umgang, Nutzung oder Produktion von gefährlichen Stoffen, wassergefährdenden Stoffen und / oder Gefahrgütern vorgesehen.

Auch sonstige bauleitplanerisch begründete etwaige Umweltverschmutzungen und Belästigungen, insbesondere durch Immissionen / Emissionen sind nicht zu erwarten.

Planerhebliche Risiken für die menschliche Gesundheit, z. B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft, sind somit zusammenfassend nicht zu befürchten.

2.2.2 Standort

Derzeit wird das Plangebiet als Siedlungsgebiet mit Gebäuden für Wirtschaft und Gewerbe genutzt. Darüber hinaus besteht keine land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzung. Im Norden befindet sich die Verkehrsstraße „Zur Startbahn“. Das Plangebiet weist in der geplanten Straßenverkehrsfläche derzeit einen starken Gehölzbewuchs sowie eine versiegelte Fläche auf (LANIS, abgefragt 05.10.2022). Dieser Bereich ist jedoch bislang bereits überwiegend einer möglichen Bebauung zugänglich (private Baugrundstücke). Im Südosten (außerhalb des Plangebietes) grenzt die Fläche des Bebauungsplans Nr. 19 „Flugfeld West“ in Aufstellung an, welche hinsichtlich der Umweltbelange vorliegend berücksichtigt wird (Kapitel 2.3).

Darüber hinaus ist eine Standortkumulierung bzw. ein Zusammenwirken mit weiteren Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich (Synergie-, Kumulierungs-, oder Überlagerungseffekte im räumlich-funktionalem Zusammenhang) derzeit nicht anzunehmen.

Im derzeitig geltenden Bebauungsplan wären Bauvorhaben innerhalb der Baugrenzen zum Großteil zulässig (Abbildung 2). Innerhalb dieses Bereichs und nördlich des privaten Grünstreifens befindet sich eine Senke. Zur Zeit der Begehung war ein kleiner Bereich dieser Vertiefung wasserführend. Aufgrund der zulässigen Bebaubarkeit des Grundstücks wird dieser Bereich in der vorliegenden Prüfung nicht näher behandelt.

2.2.2.1 Qualitätskriterien

Zum Vorhaben sind Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere zur Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, des Gebiets und seines Untergrunds einzustufen.

Im Folgenden wird entsprechend die derzeitige ökologische Empfindlichkeit des Vorhabengebietes anhand von Potentialkriterien überschlägig beurteilt (in Beurteilungsstufen von 'sehr gering' bis 'sehr hoch').

WASSER – Grundwasser (Zwingmann 2015)		
Kriterien	Beurteilung	Begründung
Reichtum / Verfügbarkeit / Qualität	gering - mittel	Niedrige Grundwasserführung und mäßig filternde, versauerungsgefährdete Deckschichten (Muschelkalk und Keuper) Ungünstige Grundwasserüberdeckung

		<p>Geringe Durchlässigkeit des Oberen Grundwasserleiters</p> <p>Ergiebigkeit des Grundwasserleiters: mittel - gering</p> <p>Mäßige Verschmutzungsempfindlichkeit des Grundwassers</p> <p>Vorbelastetes Gebiet (Bebauung / Versiegelung)</p>
Regenerationsfähigkeit	hoch	Minimierung / Reduzierung der Versiegelung

WASSER – Gewässer / Oberflächenwasser

Kriterien	Beurteilung	Begründung
Reichtum / Verfügbarkeit / Qualität	mittel	Senke nördlich des privaten Grünstreifens, temporär wasserführend,
Regenerationsfähigkeit	mittel	Renaturierungspotenzial des Gewässers

FLÄCHE / BODEN

Kriterien	Beurteilung	Begründung
Reichtum / Verfügbarkeit / Qualität	mittel	<p>Vorbelastetes Gebiet (Bebauung / Versiegelung)</p> <p>Böden aus solifluidalen Sedimenten, Braunerden</p> <p>Gehölzbestand und unregelmäßiges Relief (Erdaufschüttungen und Abgrabungen)</p>
Regenerationsfähigkeit	mittel	Minimierung / Reduzierung der Versiegelung

LANDSCHAFT

Kriterien	Beurteilung	Begründung
Reichtum / Verfügbarkeit / Qualität	mittel	Landschaftsbild durch Gewerbegebäude geprägt, Aufwuchs aus überwiegend Strauch- und Pioniergehölzen
Regenerationsfähigkeit	mittel	Mittleres Entwicklungspotenzial

TIERE / PFLANZEN / BIOLOGISCHE VIELFALT

Kriterien	Beurteilung	Begründung
Reichtum / Verfügbarkeit / Qualität	mittel	<p>teilweise starker Gehölzaufwuchs, Gehölze sind überwiegend heimisch, Gelände teilweise strukturreich durch heterogenes Relief</p> <p>Großer Bereich des Plangebietes mit Gewerbenutzung und Versiegelung</p> <p>Baum mit Neststandort innerhalb der privaten Grünfläche</p>
Regenerationsfähigkeit	mittel	mittleres Entwicklungspotenzial

2.2.2.2 Schutzkriterien

Folgende etwaige Schutzgebiete / -objekte sind örtlich nicht vom Vorhaben berührt (LANIS 2022 / www.wasserportal.rlp-umwelt.de): FFH- / Vogelschutzgebiete (NATURA 2000-Gebiete), Naturschutzgebiete, Nationalpark, Nationale Naturmonumente, Biosphärenreservat, Naturpark, Geschützte Landschaftsbestandteile, Alleen, Biotoptypen-Pauschalschutz (§ 30 BNatSchG / § 15 LNatSchG), RAMSAR-Gebiete, Geschützte Landschaften, Naturdenkmäler, wasserrechtliche Risikogebiete (§ 73 WHG) / hochwassergefährdete Gebiete, Überschwemmungsgebiete, Wasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete.

Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte sind auch nicht berührt (www.statistik.rlp.de, Abfrage: 10. Oktober 2022); die Bevölkerungsdichte liegt vielmehr im landesweit unterdurchschnittlichen Bereich vergleichbarer verbandsfreier Gemeinden (ca. 316 / km²). Die Stadt Bitburg ist allerdings als kooperierendes Mittelzentrum ausgewiesen (www.plg-region-trier.de, Abfrage: 10. Oktober 2022).

Örtlich denkmalgeschützte Kultur- und Sachgüter (z.B. Bodendenkmale) sind nicht bekannt.

Die Stadt Bitburg gehört schließlich auch nicht zu einem „Gebiet, in dem die in den Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind“ (z.B. hinsichtlich Lufthygiene).

Sonstige Schutzkriterien

Landesweit ausgewiesene Biotope / Biotopkataster sind vom Bauleitplan nicht berührt (LANIS 2022). Auch Schutzwälder und / oder Naturwaldreservate können mangels örtlichen Waldes nicht betroffen sein. Gleiches gilt für den Gewässerschutz (§ 21 Abs. 5 BNatSchG), einschließlich Randstreifen, Uferzonen, Auen, da kein Gewässer betroffen ist.

Ebenso liegen keine bestehenden nachhaltigen Naturschutzmaßnahmen / -flächen (z.B. Ökokonto, Ersatzzahlungsmaßnahmen) im Umfeld des Plangebietes (LANIS 2022).



Abbildung 3: ungefähre Abgrenzung des für den Artenschutz relevanten Untersuchungsbereichs (schraffierte Fläche)

Innerhalb des überschneidenden Bereichs des Straßenbauvorhabens mit der bestehenden privaten Grünfläche am Südostrand des Plangebietes konnte im Rahmen einer örtlichen Begehung am 12.10.2022 ein Nest in einem Baum gefunden werden. Zum Zeitpunkt der Begehung war dieses Nest nicht besetzt. Voraussichtlich handelt es sich hierbei um die Brutstätte einer Rabenkrähe oder einer Elster. Beide Arten gehören zu den besonders geschützten, jedoch nicht gefährdeten, beziehungsweise planungsrelevanten Vogelarten.

Es existiert keine derzeit gültige Baumschutzsatzung.

2.2.2.3 Weitere / Übergreifende Bewertungskriterien und -maßstäbe

Für das Flugplatzgelände und den angrenzenden Shelter Bereich gibt es keine umfassende Landschaftsplanung. Es existiert lediglich ein landespflegerisches Entwicklungskonzept aus dem Jahr 1995. Dort wird die Fläche als bebautes Gebiet mit dem Vorschlag des Arten- und Biotopschutz, der Erholungsfunktion/Landschaftsbild sowie der Klimafunktion angegeben. Weiterhin wird eine Aufforstung bei Verzicht der Siedlungsnutzung empfohlen. Umweltbezogene Darstellungen (z.B. Grünflächen) werden nicht getroffen.

Der wirksame Flächennutzungsplan stellt für den räumlichen Geltungsbereich des Plangebiets eine gewerbliche Baufläche dar. Derzeit wird eine Änderung des Flächennutzungsplans des betreffenden Abschnittes angestrebt, jedoch steht die Genehmigung noch aus.

In der Bauleitplanung sind umweltbezogene Ziele der Raumordnung und Landesplanung zu berücksichtigen. Gemäß Landesentwicklungsprogramm liegt das Plangebiet demnach in einem landesweit bedeutsamen Bereich für Erholung und Tourismus.

Gemäß Planung vernetzter Biotopsysteme sind zum Plangebiet keine bestimmten Zielkategorien getroffen.

Im Plangebiet sind keine Altlastverdachtsflächen / Altstandorte mit etwaigen Bodenbelastungen bekannt.

Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung soll schließlich zum Vorhabengebiet nicht angewandt werden (Einbeziehung von Flächen in einen Bebauungsplan der Innenentwicklung). Der Gesetzgeber stuft potenziell zu erwartende Eingriffe in Natur und Landschaft demnach dann grundsätzlich als zulässig und damit unerheblich ein.

2.3 Auswirkungen

Die möglichen erheblichen Auswirkungen des Vorhabens sind anhand der in Kap. 2.2 aufgeführten Kriterien zu beurteilen.

Art und Ausmaß potenzieller Umweltauswirkungen wären demnach beim geplanten Vorhaben geografisch sehr lokal; grenzüberschreitend sind keine Auswirkungen möglich. Auch das mögliche Ausmaß einer betroffenen (potenziell schutzbedürftigen) Bevölkerung ist nur gering (vgl. Kapitel 2.2.2.2 Angaben zur Bevölkerungsdichte).

Im Südosten des Plangebietes (außerhalb angrenzend) ist der Bebauungsplan Nr. 19 „Flugfeld West“ in Aufstellung. Von diesem Industriegebiet werden zeitweise Gewerbelärmimmissionen ausgehen, die grundsätzlich auf das Plangebiet einwirken können. Dabei sind jedoch keine unzulässigen Lärmimmissionen zu erwarten.

Folgende Angaben resultieren aus der allgemeinverständlichen Zusammenfassung des Bebauungsplans Nr. 19 und werden hinsichtlich der naturschutzfachlichen Zielvorstellungen in einem grünordnerischen Maßnahmenkonzept berücksichtigt. Dabei dienen Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen auf externen Flächen schlussendlich der vollständigen Kompensation von negativen Umweltauswirkungen. Alle weiteren Umweltmaßnahmen (Niederschlagswasserbewirtschaftung, Bodenbelastungen, erneuerbare Energien, Lärmauswirkungen) werden durch die Bauleitplanung geregelt. Weiterhin wird die Einrichtung eines Monitorings festgelegt. Die planungsrechtlichen Eingriffe sind somit zulässig.

Schwere, Komplexität, Wahrscheinlichkeit, (voraussichtlicher) Zeitpunkt des Eintretens, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit möglicher Umweltauswirkungen von maßgeblichen Kriterien werden in folgenden Tabellen überschlägig hinsichtlich ihrer Erheblichkeit beurteilt. Hierbei ist zu berücksichtigen, ob erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch Merkmale des Vorhabens oder des Standorts oder durch Vorkehrungen des Vorhabenträgers offensichtlich ausgeschlossen werden.

MÖGLICHE UMWELTAUSWIRKUNGEN		
Parameter	Beurteilung	Begründung / Kriterien
Schwere / Komplexität	unerheblich	<p>kleinräumiger Vorhabenflächenumfang zum Bau einer öffentlichen Straße (nur ca. 0,37 ha)</p> <p>geografisch sehr lokales Vorhaben / geringe Inanspruchnahme von mittelwertigem Boden / Fläche</p> <p>voraussichtlich keine erheblichen Neuversiegelungen aufgrund der Änderungsplanung (gegenüber dem rechtskräftigen Bebauungsplan)</p> <p>bauleitplanerisch keine eingehendere Umweltprüfung erforderlich</p> <p>kein bauleitplanerisch relevantes Lagern, Umgang, Nutzung oder Produktion von gefährlichen Stoffen, wassergefährdenden Stoffen, Gefahrgütern und / oder radioaktiven Stoffen innerhalb der Verkehrsfläche</p> <p>keine schutzwürdigen Biotop / Biotopkataster</p> <p>kein „Gebiet, in dem die in den</p>

		<p>Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind“ (z.B. hinsichtlich Lufthygiene)</p> <p>geringe Überplanung bereits ausgewiesener privater Grünflächen, Ausgleich durch Maßnahmen</p> <p>Berücksichtigung planungsrelevanter umweltbezogener Ziele der Raumordnung und Landesplanung</p> <p>Durchführen von Maßnahmen zur Entwässerung / Niederschlagswasserbehandlung</p> <p>Kumulierung / Zusammenwirken mit Bebauungsplan Nr. 19, jedoch ohne verbleibende Auswirkungen</p> <p>keine zu erwartenden Umweltverschmutzungen und Belästigungen</p> <p>geringe – mäßige Grundwasserbetroffenheit</p> <p>örtliche Gehölze sind überwiegend heimisch / autochthon</p> <p>keine Baumschutzsatzung / -verordnung</p>
Wahrscheinlichkeit	unerheblich	<p>folgende Schutzgebiete / -objekte sind örtlich nicht berührt: FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete, Nationalpark, Nationale Naturmonumente, Biosphären-Reservat, Geschützte Landschafts-Bestandteile, Alleen, Biotopschutz, Naturdenkmale, Kultur- / Bodendenkmale, Denkmalensembles, archäologisch bedeutende Landschaften, Naturpark, RAMSAR-Gebiete, Geschützte Landschaften, Schutzwälder, Naturwaldreservate, wasserrechtliche Risikogebiete / hochwassergefährdete Gebiete, Überschwemmungsgebiete, Landschaftsschutzgebiet, Heilquellenschutzgebiet</p> <p>keine förmlich ausgewiesenen Wasserschutzgebietszonen</p> <p>artenschutzrechtliche Konflikte werden durch Bauzeitenregelung vermieden</p> <p>kein vorhabenbedingtes erhöhtes Unfallrisiko</p> <p>keine möglichen Störfallrisiken / Störfallbetriebe im Umfeld sind nicht berührt</p>

		keine etwaigen Katastrophenrisiken hohe Bevölkerungsdichte nicht betroffen keine Risiken für die menschliche Gesundheit voraussichtlich keine Umweltbelästigungen durch Immissionen / Emissionen keine konfliktträchtigen Bodenbelastungen / Altlasten durch das Planvorhaben werden keine Belange des anlagenbezogenen Immissionsschutzes (Gewerbelärm) berührt
Zeitpunkt des Eintretens	unerheblich	Abrissarbeiten sind nicht beabsichtigt
Dauer / Häufigkeit / Umkehrbarkeit	unerheblich	mäßige naturschutzfachliche regenerative Anforderungen keine Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung wegen planungsrechtlicher Unerheblichkeit Vollzug grünordnerischer Maßnahmen (auch zur Nutzung durch Tiere, Pflanzen und der biologischen Vielfalt)

3 Vermeidungs- / Verminderungsmaßnahmen

Bei der Vorprüfung ist zu berücksichtigen, inwieweit mögliche Umweltauswirkungen, durch die vom Träger des Vorhabens vorgesehenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen, offensichtlich ausgeschlossen werden.

Als verbindliche grünordnerische Maßnahme ist demnach die Neupflanzung von Bäumen entlang der entstehenden Verkehrsstraße beabsichtigt.

Für die private Grünfläche, die teilweise überbaut werden soll, sind als grünordnerische Maßnahme (zur Nutzung durch Tiere, Pflanzen und der biologischen Vielfalt) die öffentlichen Grünflächen zwischen der Straße und den benachbarten Grundstücken bzw. Verkehrsflächen sowie die Innenfläche der Wendeanlagen als Grünflächen zu gestalten und locker mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen.

Entlang der öffentlichen Haupteinfahrtsstraße sowie entlang der festgesetzten Stichstraßen sind je 100 lfd. m mindestens 6 Laubbäume I. Ordnung gemäß der in den textlichen Festsetzungen abgedruckten Artenliste zu pflanzen. Die gemäß der Festsetzung zu pflanzenden Bäume müssen zumindest folgende Qualitätsmerkmale aufweisen:

- Stammumfang 12 -14 cm,
- Hochstamm mit durchgehendem Leittrieb, 3-mal verpflanzt mit Ballen.

Alle Neupflanzungen sind ordnungsgemäß zu pflegen. Pflanzausfälle sind in der darauffolgenden Pflanzperiode in gleicher Qualität zu ersetzen. Die gepflanzten Bäume dürfen auch in späteren Jahren nicht eigenmächtig entfernt werden. Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln ist im Bereich der öffentlichen Grünflächen auf ein standortgerechtes Mindestmaß zu reduzieren, nach Möglichkeit ganz zu vermeiden.

Bereits vorhandene Bäume sind auf diese Festsetzung anzurechnen.

Die privaten Grünflächen sind mit lockeren Baum- und Strauchpflanzungen zu überstellen. Je 500 m² Fläche sind ein heimischer Laubbaum oder alternativ 5 heimische Wildsträucher zu pflanzen. Bestehende Gehölze sind zu erhalten.

Die Pflanzungen gemäß der Festsetzung sowie die Erhaltung vorhandener Bepflanzung sind hierauf anrechenbar. Die Grünflächen sind gärtnerisch oder als Wiesen- oder Rasenflächen anzulegen oder zu erhalten.

Auf privaten Grundstücksflächen je 100 m² nicht überbaubarer Grundfläche (bezogen auf die festgesetzte Grundflächenzahl nach § 19 BauNVO) ist ein Laub- oder Obstbaum und je 10 m² nicht überbaubarer Grundfläche ein Strauch innerhalb des Grundstücks zu pflanzen. Hierzu sind die Arten aus der Artenliste der textlichen Festsetzung zu verwenden: Bereits vorhandene Bäume und Sträucher sind auf diese Festsetzung anzurechnen.

Die zu pflanzenden Sträucher in den privaten Grünflächen müssen zumindest folgende Qualitätsmerkmale haben:

- Größe 60 - 100 cm,
- 2 x verpflanzt ohne Ballen.

Zur Erfüllung aller Pflanzverpflichtungen sind nur Pflanzen gemäß Artenliste (textliche Festsetzungen) zu verwenden. Alle festgesetzten Pflanzmaßnahmen auf privaten Grundstücken sind spätestens in der Pflanzperiode nach Erreichen der Nutzungsfähigkeit einer auf Grundlage

dieses Bebauungsplanes errichteten baulichen Anlage auf dem jeweiligen Grundstück durchzuführen.

Stadtbezogene Maßnahmen zur „Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität“ sind insbesondere im Zusammenhang mit den Angaben / Feststellungen gemäß Kap. 2.2.2.2 nicht erforderlich.

Zur Vermeidung des Tötungs- und Störverbotes bezüglich des erfassten Vogelnestes (§ 44 Abs. 1 BNatSchG) sind Maßnahmen in Form von Bauzeitenregelungen zu beachten. Somit ist sicherzustellen, dass Gehölzeingriffe außerhalb der Brutzeit (01.03. bis 30.09) der Arten erfolgen.

Ein artenschutzrechtlicher Verbotstatbestand kann somit ausgeschlossen werden.

4 Ergebnis

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen sind durch den Bau der geplanten Erschließungsstraße gemäß Bebauungsplan ' Nr. 14 'Shelter-Bereich A', 3. Änderung' nicht zu erwarten, insbesondere da die möglichen Auswirkungen des Vorhabens voraussichtlich unerheblich sind und / oder durch geplante Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen offensichtlich in ihrer Erheblichkeit ausgeschlossen werden sowie keine maßgeblichen Schutzgebiete / -objekte, insbesondere NATURA 2000-Gebiete, beeinträchtigt werden.

Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist daher nicht erforderlich.

Das beabsichtigte beschleunigte Bauleitplanverfahren nach § 13a BauGB (Einbeziehung von Flächen in einen Bebauungsplan der Innenentwicklung) ist somit möglich.

Das Ergebnis dieser Vorprüfung ist zu veröffentlichen.